

LAUSITZER RUNDSCHAU

Luckau/Dahme 11. November 2013, 02:48 Uhr

Streit um neue Übergänge: Golßen lässt Bahn zappeln

Kreuzungsvereinbarung soll aufgeschoben werden bis Land finanzielle Förderung zusichert

GOLßEN Golßen (Unterspreewald) lässt die Deutsche Bahn zappeln. Die Kleinstadt will die Kreuzungsvereinbarung, die ihre finanzielle Beteiligung am Streckenausbau regelt, vorerst nicht unterschreiben.

Das wurde während der vergangenen Stadtverordnetensitzung und erneut bei der Hauptausschusssitzung deutlich.

"Der Sinn des Ausbaus der Bahnstrecke Berlin-Dresden für Tempo 200 erschließt sich mir nicht", sagte der Stadtverordnete Hartmut Laubisch (SPD). "Warum soll für vielleicht 14 Personenzüge pro Tag und 15 Minuten Zeitgewinn so viel Geld investiert werden?"

Wird die Strecke ausgebaut, müssen auch die Kreuzungen zwischen Straße und Schiene neu gestaltet werden. Golßen müsste sich daran finanziell beteiligen. Zwar nicht an einer Brücke über die B 96, aber an der zwischen Landwehr und Hohendorf. Diese Brücke wollte die Bahn ursprünglich ersatzlos abreißen. Das hatte die Stadt Golßen aber wegen des ortsverbindenden Charakters abgelehnt. Jetzt soll eine neue Brücke errichtet werden. Die Bahn trage zwar die Kosten. Golßen zahle aber einen Vorteilsausgleich von 269 100 Euro, hieß es während der Sitzung.

Strittig ist auch der mögliche Ersatz für den Bahnübergang auf der L 711 zwischen Golßen und Altgolßen. Golßen favorisiert die von der Dorfgemeinschaft Altgolßen vorgeschlagene Umverlegung der Straße. Sie würde von Golßen aus hinter das Betriebsgelände der Emsland Aller Aqua führen und weiter über landwirtschaftliche Flächen, um die Gewerbeflächen "Iden" mit Anbindung an die B 96. Damit soll der Schwerlastverkehr in Altgolßen minimiert werden.

Bei dieser Variante entstünde eine neue Landesstraße. Die Äcker und Wiesen würden an die neue Trasse angebunden. Parallel soll anstelle des ebenerdigen Bahnübergangs am Bahnhof in Golßen eine barrierefreie Personenunterführung entstehen. Damit sollen die Bahnsteige erschlossen und der Fußweg von Golßen nach Altgolßen fortgesetzt werden.

Die Stadt wäre an der Unterführung finanziell beteiligt, will sich aber wegen eines nicht durchgehenden Fußwegs zwischen beiden Orten bisher nicht an den Kosten beteiligen. Entschieden sei noch nichts.

Auch ein Verzicht der Bahn auf eine Brücke über die L 711 ist noch nicht vom Tisch, wurde während der Hauptausschusssitzung deutlich. "Wir sollten gegenüber der Bahn unsere maximalen Forderungen aufmachen und auf drei Brücken zwischen der B 96 und Landwehr bestehen – so viele wie bisher auch", sagt Michael Bock (CDU).

Das Gremium folgte seinem Vorschlag und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, eine entsprechende Stellungnahme zu beschließen. Die Unterzeichnung der Kreuzungsvereinbarung soll aufgeschoben werden, bis das Land Brandenburg die Förderung zusichert. Die Ausführung der Kreuzungsbauwerke ist laut Amtsverwaltung im Jahr 2017 unter Vollsperrung der Strecke geplant.

A. Staindl/asd1

Jüngste Kommentare
